

Stand: 03.07.2018

Position zur Einführung einer CO₂-Bepreisung

Zusammenfassung

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, der sich die Zivilgesellschaft und die Politik derzeit stellen müssen. Um den Kohlendioxidausstoß zu begrenzen, wurden 2015 im Pariser Klimaabkommen internationale Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion beschlossen.

Bei METRO sehen wir die zu vollziehende Klimawende als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Als weltweit operierender und führender Lebensmittelgroß- und -Einzelhändler sind wir uns dabei unserer globalen klimapolitischen Verantwortung bewusst. Deshalb haben wir uns selbst sehr ambitionierte und ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt.

Nach aktuellem Datenstand werden die ambitionierten Klimaschutzziele Deutschlands und der Europäischen Union für 2020 nicht erreicht.

Wir fordern deshalb ein Umdenken der Klimapolitik, das mit praktikablen Mitteln und Maßnahmen ein realistisches Erreichen der Klimaziele erlaubt.

In Betracht zu ziehen ist, unseres Erachtens, die Einführung einer CO₂-Bepreisung. Die Tatsache, dass METRO seit dem letzten Jahr bereits erfolgreich mit einem internen CO₂-Preis agiert zeigt, dass auf diesem Wege bei der Projektallokation eine gute Kombination aus bestmöglicher CO₂-Einsparung und Wirtschaftlichkeit erreicht wird.

Zu diskutieren wird sein, wie ein derartiges klimapolitisches Instrument ausgestaltet sein soll, damit der Klimaschutz und eine effiziente CO₂-Vermeidung wieder im Vordergrund stehen, und das unabhängig von Sektorzugehörigkeit und des verwendeten Energieträgers. Gleichzeitig könnte mit der Einführung eines CO₂-Preises die Chance zur Bereinigung von überlappenden und bisher nur partiell erfolgreichen energiepolitischen Instrumente genutzt werden, damit die Lasten der Energiewende fair verteilt werden und nicht von Endverbrauchern und einzelnen nicht privilegierten Wirtschaftssektoren, wie dem Handel getragen werden müssen.

Eine internationale oder zumindest europäische Lösung ist, aus unserer Sicht, einem nationalen Alleingang vorzuziehen, da CO₂-Emissionen vor Landesgrenzen nicht halt machen, und so ein ungewünschtes Carbon Leakage vermieden werden kann.

METRO AG

Konzernbüro Berlin
Charlottenstraße 46
10117 Berlin

T +49 30 2088943-0
www.metroag.de
berlin@metro.de

Aufsichtsrat: Jürgen B. Steinemann, Vorsitzender
Vorstand: Olaf Koch, Vorsitzender
Christian Baier, Heiko Hutmacher, Philippe Palazzi

Sitz Düsseldorf
HRB Nr. 79055
Amtsgericht Düsseldorf

Position zur Einführung einer CO₂-Bepreisung

Unsere Position im Einzelnen

Um die gesetzten Klimaziele zu erreichen, wird im politischen Raum das Einführen einer Bepreisung des anthropogenen Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) diskutiert. Mit einer CO₂-Bepreisung soll eine Lenkungsabgabe auf fossile Energieträger (u.a. Kohle, Heizöl oder Erdgas), bei deren Verbrennung CO₂-Emissionen anfallen, eingeführt werden. Die Kosten für Klimafolgen sowie Umweltschäden sollen Unternehmen und Verbraucher, die CO₂-Emissionen verursachen, über einen ausgewiesenen CO₂-Preis tragen. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zur Senkung des Kohlenstoffdioxidgehalts in der Erdatmosphäre geleistet werden.

Klimaschutzziele der METRO AG

METRO ist sich als weltweit operierender und führender Lebensmittelgroß- und Einzelhändler mit Aktivitäten in 35 Ländern seiner globalen klimapolitischen Verantwortung bewusst, und hat sich deshalb sehr ambitionierte und ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt: **Bis 2030 will METRO weltweit 50 % CO₂** pro Quadratmeter Verkaufsfläche **einsparen** (mit Basiswert von 2011).

Bis zum Ende des letzten Geschäftsjahres **2017**, hat METRO die unternehmenseigenen CO₂-Emissionen um **21 %** senken können.

Diese CO₂-Einsparungen werden durch einen Maßnahmen-Mix erreicht:

- Einsparpotenziale bei Strom und Papier konsequent nutzen
- Verbesserung der Energieeffizienz von Kälteanlagen und Beleuchtung
- Effizientere Planung von Dienstreisen
- Klimafreundliche Antriebstechniken bei Dienstwägen und Belieferungsfahrzeugen
- Eigenproduktion des Stroms aus erneuerbaren Energien (wie Photovoltaikanlagen) und Nutzung von KWK-Anlagen

METRO ist auf einem guten Weg, die selbstgesteckten unternehmenseigenen Klimaziele bis 2030 zu erreichen.

Einführung eines internen CO₂-Vermeidungspreises

Um zu zeigen, dass METRO den Klimaschutz ernst nimmt, haben wir im Jahr 2017 zudem einen unternehmensinternen **virtuellen CO₂-Vermeidungspreis von 25 Euro**

pro Tonne CO₂ in den eigenen Wirtschaftlichkeitsberechnungen eingeführt. Jedes Investitionsprojekt wird in Bezug auf seine CO₂-Emissionswirkung bewertet und entsprechend bepreist. Ziel ist es mit diesem Ansatz die Profitabilität von Projekten und die größtmögliche CO₂-Einsparung zu kombinieren.

Einhaltung der nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzziele

Es existieren mittlerweile eine Reihe verschiedener Klimaschutzziele weltweit: Das Abkommen von Paris von Dezember 2015 gibt den globalen Rahmen für den **internationalen Klimaschutz** vor. Ursprünglich wurde es von 197 Staaten beschlossen. Das Pariser Abkommen beinhaltet das Bekenntnis zu einer Begrenzung der Erderwärmung um deutlich unter 2° Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter.

Die **Europäische Union** hat sich zudem verpflichtet folgende verbindliche Klimaziele zu erreichen: Bis 2020 soll 20 % CO₂, bis 2030 40 % und bis 2050 80 % gegenüber dem Basisjahr 1990 eingespart werden. Darüber hinaus wurden weitere Zielvorgaben für einzelne Sektoren festgesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Die Wirtschaftssektoren, die dem Emissionshandelssystem (EU-ETS) unterliegen, also große Emittenten aus den Bereichen Energie und Industrie, sollen ihre Emissionen im Vergleich zu 2005 bis 2020 um 21 %, bis 2030 um 43 % reduzieren. Für Sektoren, die nicht vom EU-ETS erfasst sind, gilt das sogenannte Effort-Sharing, zur Lastenteilung zwischen den wohlhabenderen und weniger wohlhabenderen Ländern, so dass die Beiträge der EU Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfallen. EU-weit sollen die Emissionen für die Nicht-ETS Sektoren aber bis 2020 um 10 % gegenüber dem Basisjahr 2005, bis 2030 um 30 % verringert werden, der deutsche Beitrag liegt im Non-ETS Sektor bei einer Verringerung von 14 % bis 2020, sowie 38 % bis 2030 (auch hier Basisjahr 2005).

Deutschland hat sich ambitionierte eigene nationale Klimaziele gesetzt, welche im Klimaschutzplan (KSP) 2050 verankert sind: Gegenüber 1990 sollen bis 2020 absolut 40 %, bis 2030 55 % und bis 2050 sogar mehr als 80 % CO₂ eingespart werden.

Nach aktuellem Datenstand des Klimaschutzberichts 2017 wird Deutschland die selbst- und fremdgesteckten Ziele 2020 vermutlich verfehlen.

CO₂-Minderungspotential einzelner Sektoren

Nimmt man die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens ernst, muss diskutiert werden, welche alternativen oder zusätzlichen Möglichkeiten es gibt, die angestrebten Reduktionsziele zu erreichen.

Der nationale KSP 2050 legt sektorspezifische Zielemissionsreduktionskorridore fest:

Sektoren	Vermeidung CO ₂ 2030 (Basisjahr 1990)	Stand Zielerreichung 2016
Energiewirtschaft	-61-62%	-27%
Gebäude	-66-67%	-40%
Verkehr	-40-42%	+2%
Industrie	-49-51%	-34%
Landwirtschaft	-31-34%	-21%
Sonstige	-87%	-72%
National	-55%	-28%

Quelle: Klimaschutzplan 2050, Umweltbundesamt (2017)

Der KSP 2050 schreibt für die einzelnen Sektoren sehr unterschiedliche Minderungspotenziale fest. So soll in der Landwirtschaft beispielsweise eine CO₂ Einsparung von minimal 31 % erfolgen, der Bereich Gebäude und Energiewirtschaft die CO₂ Emissionen um minimal 66 % bzw. 61 % CO₂ senken. Der Bericht des Umweltbundesamtes (2017) mit Emissionswerten von 2016 zeigt, dass die Minderungspotentiale bisher sehr unterschiedlich gehoben wurden. Am augenfälligsten ist der Sektor Verkehr, in dem statt einer Minderung eine Steigerung der CO₂ Emissionen im Vergleich zum Basisjahr erfolgt ist. Auf Basis der oben dargestellten Zahlen kann somit nicht von einer gleichen Verteilung der Beiträge zwischen den Wirtschaftssektoren zum CO₂ Minderungsziel gesprochen werden. Zudem, kann man konstatieren, dass durchaus noch weitere Minderungspotenziale vorhanden sind.

Auf EU-Ebene ergibt sich ein ähnliches Bild bezüglich der erreichten Treibhausgasreduktionen:

Sektoren	Zielerreichung 2016 (Basisjahr 1990)
Energie	-23%
Industrie	-33%

Landwirtschaft	-20%
Abfall	-41%
Landnutzung und Forstwirtschaft	+27%
EU 28	-27%

Quelle: EEA (2018) – Annual European Union Greenhouse Gas Inventory 1990-2016, S. 48

Hier zeigt sich, dass es in einigen Sektoren noch deutliche Potentiale gibt, die gehoben werden müssen, um die Treibhausgasvermeidungsziele der Europäischen Union zu erreichen.

Der Systemmix von klima- und energiepolitischen Werkzeugen heute

Die Klimapolitik ist sehr stark mit der Energiepolitik verzahnt. In Deutschland wird vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien energiepolitisch stark gefördert. Auf europäischer Ebene ist das Emissionshandelssystem das vorrangige klimapolitische Werkzeug.

Im Bereich der **Stromproduktion** wird der Ausbau der erneuerbaren Energien in **Deutschland** vor allem über die EEG-Umlage finanziert. Diese liegt 2018 bei 6,79 Cent/KWh und verzeichnet seit 2012 einen Anstieg von 89 %. Für den Strombezug selbst greift zusätzlich die Stromsteuer mit 2,05 Cent/KWh für jeden Strom, der aus dem Netz bezogen wird – unabhängig von der Erzeugungsquelle. Für eigenerzeugten regenerativen Strom etwa aus der eigenen Photovoltaikanlage ist zudem eine um 60 % verminderte EEG-Umlage zu zahlen.

Auf **europäischer Ebene** wurde 2005 der Treibhausgasemissionshandel eingeführt, der die Stromproduktion und energieintensive Industrien wie Chemie, Stahl, Nichteisenmetalle, Glas, Papier, Zement und den Luftverkehr umfasst, aber nicht den Wärme- und Verkehrssektor. Während anfangs bis zu 25 Euro pro Tonne CO₂ die Verstromung von Braun- oder Steinkohle verteuerte, spielte der Treibhausgasemissionshandel über viele Jahre hinweg aufgrund des Zertifikatepreisverfalls kaum noch eine Rolle - auch wenn im Mai 2018 der Preis für entsprechende CO₂ Zertifikate wieder auf etwa 16 Euro pro Tonne CO₂ gestiegen ist. Im **Wärme- und Verkehrsbereich** gibt die Energiesteuer eine leichte Richtung vor: Erdgas wird für das Verheizen mit 0,55 Cent/KWh versteuert, für Heizöl werden 6,41 Cent/Liter erhoben. Das entspricht bei einem Energiegehalt von 10,4 KWh einer Besteuerung von rund ca. 0,61 Cent/KWh. Für den Verkehrssektor werden Energiesteuern von 65 Cent/Liter Superbenzin und 47 Cent/Liter Diesel erhoben.

Wie bereits eingangs erläutert, reichen diese bisher ergriffenen energiepolitischen Maßnahmen aber längst nicht aus, um die Klimaschutzziele Deutschlands und der Europäischen Union zu erreichen. Es sollte deshalb über alternative, aber aufkommensneutrale Wege diskutiert werden, wie der Klimaschutz technologieoffen vorangebracht werden kann, um die Verpflichtungen des Pariser Abkommens zu erfüllen.

Klimawende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Aus unserer Sicht kann eine Klimawende nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum gewünschten Erfolg - das Erreichen der Klimaziele – führen. Hierzu sollte die Gesellschaft als Ganzes beitragen. Durch diesen Ansatz wären sowohl Produzenten und Inverkehrbringer als auch Verwender motiviert, ihre Emissionen zu optimieren und die effizientesten und klimafreundlichsten Technologien anzuwenden.

Eine CO₂-Bepreisung kann über alle Emissionsquellen und Sektoren in der EU erhoben werden. Honoriert wird damit derjenige, der entweder keine Klimaeinwirkungen verursacht oder im Wettbewerb auf klimafreundlichere Technologien setzt. Eine Tatsache, die METRO durch die Einführung eines CO₂-Preises intern bereits erfolgreich praktiziert.

Stufenweise Einführung einer CO₂-Bepreisung

Die Einführung eines CO₂-Preises führt gegenüber heute unweigerlich zu Verschiebungen der Kostenbelastungen in den einzelnen Sektoren. Über eine Transformationsphase von mehreren Jahren kann dieser Prozess politisch gesteuert werden. Um das Klimaschutzziel als das prioritäre Ziel der klima- und energiepolitischen Anstrengungen zu etablieren und weiter zu verfolgen, könnte auf der energiepolitischen Seite, über das Optimieren der energieseitigen Lenkungsmaßnahmen nachgedacht werden.

Beispielsweise könnte dann die Stromsteuer auf das Mindestmaß reduziert und die EEG-Umlage abgeschafft werden. Die übrig bleibenden Kosten könnten dann zudem aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dies erscheint vor allem mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren Energien, die eine EEG-Förderung in den nächsten Jahren ohnehin obsolet machen könnte, sinnvoll.

Bei im internationalen Wettbewerb stehenden Industriezweigen gilt seitens der Politik dann so nachzusteuern, dass die Wertschöpfungskette in Deutschland nicht reißt. Zur Vermeidung von Standortverlagerungen, das sogenannte Carbon Leakage, könnte, eine entsprechende Finanzierung ebenfalls aus dem Bundeshaushalt erfolgen. Damit

würde die Finanzierung durch die nichtprivilegierten Endverbraucher und Industriezweige, wie etwa den Handel, nicht mehr einseitig verteilt.

Fazit und Forderung

Als international tätiges Unternehmen sind wir uns bewusst, dass uns der Klimaschutz nicht nur als Unternehmen, sondern auch als Gemeinschaft zukünftig vor ungeahnte Herausforderungen stellen wird. Als Handelsunternehmen ist es unser Kerngeschäft, täglich mit Ressourcen zu handeln. Insofern ist es unser ureigener Antrieb, die Ressourcen, mit denen wir handeln, zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Wir stehen dafür, mit gutem Beispiel voranzugehen. Deswegen haben wir uns unternehmens-eigene Klimaschutzziele auferlegt, deren Fortschritt wir einem genauen Monitoring unterziehen. Allein sind unsere Anstrengungen jedoch nur ein winziger Tropfen auf einem sehr heißen Stein. Wir fordern deshalb in der nationalen wie europäischen Klimaschutzpolitik ein Umdenken, das die gesteckten Klimaziele durch realistisch zu erreichende Lösungen begleitet. Dies könnte beispielsweise schon durch eine CO₂-Bepreisung erreicht werden - allerdings nur bei gleichzeitiger Optimierung bestehender energiepolitischer Instrumente.

METRO ist ein führender internationaler Spezialist für den Groß- und Lebensmittelhandel. Das Unternehmen ist in 35 Ländern aktiv und beschäftigt weltweit mehr als 150.000 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2016/17 erwirtschaftete METRO einen Umsatz von rund 37 Mrd. €. Das Unternehmen liefert maßgeschneiderte Lösungen für die lokalen und internationalen Bedürfnisse seiner Groß- und Einzelhandelskunden. Mit seinen Vertriebsmarken METRO/MAKRO und Real sowie Belieferungsservices und Digitalisierungsinitiativen setzt METRO die Standards von morgen: für Kundenfokussierung, digitale Lösungen und tragfähige Geschäftsmodelle. Mehr Informationen unter www.metroag.de.

Ansprechpartnerin:

Dr. Andrea-Louise Müller
Leiterin Volkswirtschaftliche Analysen
Konzernkommunikation und Politik

Telefon: +49 (0) 30 2088943-46
Email: a-l.mueller@metro.de

Executive Summary

Climate change is one of the biggest challenges that civil society and politics are currently facing. In order to limit carbon dioxide emissions, international commitments to reduce carbon dioxide were made in 2015 in the Paris Agreement.

At METRO, we regard the climactic change as a task for the whole society. As a globally operating and leading food wholesaler and retailer, we are aware of our global climate responsibility. That's why we set ourselves very ambitious climate protection goals and are well progressed in meeting them.

According to current data, Germany's and the European Union's ambitious climate protection targets for 2020 are not reached.

We therefore call for a rethinking of climate policy, which allows practicable means and measures to realistically achieve the climate goals.

In our opinion, the introduction of a carbon price should be taken into consideration. The fact that METRO has been operating successfully with an internal carbon price since last year, shows that this way projects are well allocated towards a combination of the best possible carbon dioxide emission savings as well as economic considerations.

It will have to be discussed how such a climate policy instrument should be designed so that climate protection and efficient avoidance of emissions are again first priority, irrespective of the economic sector and the energy source used to achieve the targets. At the same time, with the introduction of a carbon price, the opportunity to streamline overlapping and only partially successful energy policy instruments could be used to fairly distribute the burden of the energy transition and not be borne by end consumers and individual non-privileged sectors such as the retail sector.

An international or at least European solution is, in our view, preferable to national unilateralism, since carbon emissions do not respect national borders and unwanted carbon leakage effects can be avoided.